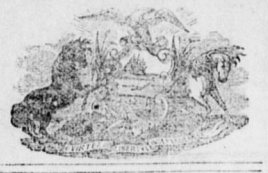
Die Staats-Zeitung.



Joh. Georg Kipper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Dezember 12, 1867.

Deutsche Kalender für 1868.

Wir haben in unserer Office eine Anzahl deutscher Kalender für 1868 vorräthig, die wir zu folgenden Preisen (einschließlich des Portos) verkaufen:

Lahrer hinkende Bote, (illustrirt,)		25 Cts.
Gerhard's illustrirter Familien-	Kalender,	40 „
Do. do. Gartenlaube-	Kalender,	35 „
Do. Arbeiter Kalender,		25 „
Do. Haus-Kalender,		15 „
Do. Kalender für lustige Leute		25 „

Wer macht den Versuch?

Nur noch zwei Wochen, und die Feiertage sind vor der Thüre. Haben unsere Freunde und Gönner auch schon einen Versuch gemacht, die Abonnentenzahl der „Pennsylvanischen Staatszeitung" in ihren resp. Bezirken zu vermehren, und uns die Namen der „frischen Rekruten" als „Neujahrs-Geschenk" einzusenden? Frisch an's Werk!

Die Botschaft des Präsidenten.

Die Botschaft von Präsident Johnson wurde am 2ten Dieses im Congreß verlesen. Dieselbe ist ein sehr langes Dokument, und würde, vollständig übersetzt, in der kleinsten Schrift wenigstens 10 Spalten unseres Blattes ausfüllen. Nachstehende gedrängte Uebersicht entnehmen wir dem „New Jersey Demokrat", dessen Kritik wir vollständig gut heißen. Sie entbehrt, der Kürze und Schärfe des Ausdrucks, durch welche einige Botschaften des jetzigen Präsidenten, esonders die Vetobotschaft gegen das Reconstructionsgesetz des Congresses, sich vortheilhaft auszeichneten. Nichtsdestoweniger ist die Botschaft in vielen Punkten klar und entschieden gehalten, und zeigt gegenüber dem drohenden Auftreten des Congresses einen anerkennenswerthen Grad von Festigkeit und Unerschrockenheit, gestützt auf den durch die letzten Wahlen ausgesprochenen Willen des Volkes.

Der Präsident verwirft alle trotz seines Veto vom Congreß gegen den Süden beschlossenen und theilweise durchgeführten Willkührmaßregeln, weist deren Absurdität nach, zeigt die schlimmen Folgen derselben für das ganze Land, und erklärt sie für unconstitutionell. Der Ton der Botschaft ist in dieser Beziehung sehr entschieden, und entschädigt für den Mangel an neuen Argumenten und Gedrängtheit des Ausdrucks. Der Ausführlichkeit nach zu urtheilen, mit welcher alle Fragen erörtert sind, scheint der Präsident weniger dem Congreß, als dem Volk Rechenschaft ablegen zu wollen über sein Verhalten in der Reconstructionsfrage. Was unter der radikalen Verblendung vom Volke vielleicht übersehen und mißachtet wurde, will der Präsident demselben jetzt nach stattgehabtem Umschwung nochmals vorlegen.

Im Gegensatz zu der früher beobachteten Ordnung verweist der Präsident die Erörterung des Verhältnisses der Union zum Ausland an den Schluß der Botschaft, und wendet sich im Eingang sofort zu der wichtigsten Frage für das Inland, zu der durch unkonstitutionelle Gesetze des Congresses verhinderten Wiederherstellung der Union. Er weist die Unvertäglichkeit des Verfahrens des Congresses mit der Constitution und dem eigentlichen Zweck des Krieges klar nach, und zeigt die Inconsequenz des Congresses darin, daß derselbe die Südstaaten nicht als Staaten anerkenne, und ihnen doch das Recht einräume, ja ihnen zumuthe, als Staaten, denn nur solche können das thun, Amendements zu ratifiziren.

Von der Diskussion der Constitutionalität der Politik des Congresses geht der Präsident über zu der Negerstimmrechtsfrage. Früher hatte er schon dem Congreß das Recht bestritten, den Negern das Stimmrecht zu geben, und in dieser Botschaft beweist er weiter, daß es auch unzweckmäßig sei, solches zu thun. Wenn der Neger schon an und für sich nicht fähig sei, das Stimmrecht auszuüben, so sei jetzt, wo die Ordnung der Angelegenheiten des Südens die größte Vorsicht, Ueberlegung und Erfahrung erfordere, der ungeeignetste Zeitpunkt, einem so beschränkten und unselbstständigen Element die Entscheidung der wichtigsten Fragen anzuvertrauen.

Der Präsident wendet sich dann in der Botschaft zu dem ihn persönlich berührenden Punkt, zu dem Impeachment und sagt dem Congreß in würdiger und nicht mißzuverstehender Sprache, daß wenn der Versuch gemacht werden sollte den Präsidenten seiner konstitutionellen Rechte und Gewalt zu berauben, er es für seine Pflicht halte, entschiedenen Widerstand zu leisten. Er habe die Rekonstruktionsgesetze ausgeführt, obgleich er sie für konstitutionswidrig halte weil er überzeugt gewesen, der gesunde Sinn des Volkes werde das Unrecht wieder gut machen, wolle der Congreß aber so weit gehen, ihn, den Präsidenten, zu beseitigen, so sei er entschlossen, sich dem nicht zu unterwerfen.

Die Botschaft bespricht dann die Finanzen, und hebt die enorme Verschleuderung der öffentlichen Gelder durch unfähige und unehrliche Steuerbeamten hervor. Das Uebel werde von Tag zu Tag schlimmer, und sei eine Folge der sogenannten Tenure of Office Bill, wodurch der Präsident aller Controlle über die Bundesbeamten beraubt worden sei. Er sei durch diese Bill alles selbstständigen Handelns unfähig gemacht worden, und gewissermaßen zum Denunzianten herabgewürdigt. Sein ganzes Einschreiten sei darauf beschränkt, daß er ungetreue Beamte provisorisch suspendire, wenn diese aber in geheimer Sitzung des Senats sich den Schein politischer Märtyrer zu geben wüßten und die richtigen Mittel anwendeten, so ergreife der Senat für sie Partei, und halte sie dem Präsidenten zum Trotz in ihren Aemtern. Um Unterschleife zu verhüten, sei es oft nothwendig, Beamte zu entfernen, ohne daß man ihnen gerade direkten Betrug nachweisen könne. Nach dem absurden Gesetz des Congresses aber könne der Präsident nicht einschreiten, bis es zu spät sei, und auf die Gefahr hin, von einem parteiischen Senat der politischen Proscription beschuldigt zu werden.

Der Rest der Botschaft ist der Besprechung der verschiedenen Berichte der Departements Vorstände gewidmet. In der Finanzfrage empfiehlt der Präsident ausführlich und nachdrücklich, daß auf baldige Wiederaufnahme der Zahlungen in Hartgeld hingearbeitet werde. Bezüglich des Auslands erwähnt die Botschaft des Vertrags mit Dänemark, wodurch letzteres die Inseln St. Thomas und St. John in Westindien an die Ver Staaten abtritt. Mit Preußen sind Verhandlungen im Gange, um dasselbe zu veranlassen, seinen Ansprüchen an naturalisirte amerikanische Bürger auf Leistung der Militärpflicht vollständig zu entsagen. Die Executive und das Justiz-Departement sind in dieser Beziehung verschiedener Ansicht, und es empfiehlt der Präsident deßhalb eine Entscheidung durch den Congreß. Auch glaubt der Präsident, daß es an der Zeit sei, den Vertrag mit England, wonach die Ver. Staaten eine Anzahl Schiffe zur Unterdrückung des Sklavenhandels verwenden müssen, aufzulösen, da in der Union die Sklaverei nicht mehr existire.

Nach dieser gedrängten Zusammenstellung der einzelnen Punkte der Botschaft heben wir solche, die besonderer Erwähnung verdienen, noch hervor:

Bezüglich der Reconstruktion sagt der Präsident: „Ich bedauere dem Volke der Ver. Staaten keine definitive und befriedigende Lösung der Fragen vorlegen zu können, welche seit der Beendigung der Rebellion die öffentliche Meinung so sehr beschäftigen. Ich muß im Gegentheil offen erklären, daß es zur Zeit keine Union in dem Sinne unserer Vorfahren gibt. Die Union, welche sie gründeten, kann nur existiren, wenn alle Staaten im Congresse vertreten sind."

Die Wiederherstellung der Union kann nur durch Befolgung der Constitution geschehen. Es gibt zur Zeit keine Nothwendigkeit, weder im Norden noch im Süden, die Constitution außer Wirkung zu betrachten. Alle Rechte der Bürger und alle Verpflichtungen der Staaten können in Uebereinstimmung mit dem Grundgesetz der Union beschützt und in Kraft gehalten werden. Die Sessions-Ordinanzen waren in sich selbst unqültig, und mit Beendigung der Rebellion gehörten die Südstaaten nach wie vorher wieder zu der Union. Es war unkonstitutionell sie unter Militär-Verwaltung zu stellen, und die Gesetze, wodurch 10 Staaten der Militärgewalt unterworfen wurden, sollten widerrufen werden.

Der Präsident wünscht die an der Rebellion Betheiligten nicht vor den Folgen ihres Verbrechens zu schützen, aber die Maßregeln, welche man anwende und anzuwenden beabsichtige, seien die unvernünftigsten, welche man nur erdenken könne. Durch die Congreßgesetze werden Schuldige und Unschuldige gleich hart getroffen. In den dunkeln Zeiten der Barbarei habe man ganze Klassen, Sekten und Parteien für die Vergehen Einzelner derselben mit Nachteilen heimgesucht, aber Christenthum und Civilisation mißbilligten ein solches Verfahren. Gerechtigkeit bestehe nicht darin, daß man ganze Staaten und alle Bürger derselben ihrer Rechte beraube. Es sei offenbar die Absicht der Reconstruktions-Bills, den Negern das Stimmrecht zu geben, und es so vielen Weißen zu entziehen, daß die Neger im Süden die Majorität erhielten.

Die Unterwerfung des Südens unter die Neger sei noch schlimmer, als der jetzt eingeführte Militärdespotismus. Die Farbigen im Süden seien berechtigt zu einer menschlichen Behandlung und zu dem Schutz der Gesetze für ihr Leben und Eigenthum, aber nicht zu der Verwaltung der Staaten mit Ausschluß der Weißen.

Sie erwählen jetzt die Legislaturen, organisiren die Staaten und sollen den nächsten Präsidenten machen. Neger können kein selbstständiges Staatswesen erhalten.

Die Botschaft bemerkt über die enormen Summen, welche der Rekonstruktions-Plan verschlinge, daß dieselben den Staatsbankerott herbeiführen könnten. „Wir dürfen uns darüber nicht täuschen. Um die Suprematie des Neger-Elements aufrecht zu halten, bedarf es jährlich einer starken stehenden Armee und 2 Millionen Dollars. Mit dem Gelde könne ein Tilgungsfond angelegt und in 15 Jahren die Staatsschuld abgetragen werden."

Dies ist ungefähr der wesentliche Inhalt des, wie bereits bemerkt, etwas sehr umfangreichen Dokuments. Die N. Y. World heißt es zugleich reich an Stoff und von ungewöhnlichem Interesse. Kühn, aber in den Schranken des Anstandes halte die Botschaft dem Congreß seine Verletzungen der Constitution vor, und verdienen deßhalb die Beachtung des Volkes in hohem Grade.

Die Republikaner sind gar nicht angenehm berührt von der Botschaft. Sie erklären dieselbe für ein trotziges, herausforderndes Aktenstück, aus dem hervorgehe, daß Johnson auf seiner seitherigen Politik beharren, und im Falle des Impeachments Widerstand leisten wolle. Die Demokraten dagegen sagen, die Botschaft sei der größte „Rüffel", den ein Präsident je einem Congreß ertheilt habe. Wenn Johnson auch so handle, wie er rede, resp, schreibe, sei es aus und vorbei mit der radikalen Herrlichkeit. Die entschiedenen Demokraten fürchten aber, daß er nicht feststehen, und zuletzt mit den zahmen Republikanern ein Compromiß machen wird.

Die New Yorker Stadtwahl.

Das Resultat der am vorletzten Dienstag stattgefundenen New Yorker Stadtwahl geht zur Genüge aus folgenden Zahlen hervor:

Für Hoffmann, Dem.	53,031
„ Wood, Dem.	22,830
„ Darling, Rad.	18,561
Hoffmann's Major. über Wood	40,201
Hoffmann's „ über Darling	44,472
Hoffmann's „ über Mood. „ Darling.	21,612

Zuwachs der demokratischen Majorität seit der Novemberwahl, 7,632

Bemerkenswerth bei der New Yorker Stadtwahl ist, daß in wenigen Jahren die republikanische Stimmenzahl von 36,000 auf 18,000 zusammenschmolz.

Mayor Hoffmann hat in jeder Ward der Skadt die Majorität, und sogar mit Ausnahme von 3 Wards eine Majorität über beide Oppositionskandidaten zusammen.

Die World sagt: Die Bedeutung der Volksabstimmung liegt auf der Hand. Die Reaktion gegen die Radikalen greift immer mehr um sich, und wird mit der Vernichtung derselben enden. Das republikanische Votum in New York nimmt zusehends ab, und schmilzt zusammen bis zur Zierlichkeit. Wenn die Reduktion der Republikaner in gleichem Maße bis zum nächsten Herbst anhält, kann man die ganze republikanische Partei New Yorks in einen Pferdeeisenbahnwagen packen! (Auch nicht übel!)

Mr. Hoffmann's außerordentliche Majorität ist ein verdientes Compliment für seine tüchtige und ehrliche Amtsverwaltung. Er hat jetzt als Governör- und Mayors-Candidat die meisten Stimmen erhalten, welche je die Stadt New York für einen Candidaten abgab.

Das N. Y. Journal ist of course sehr „gepleased" mit dem Resultat der Wahl. Es sagt:

Eine riesige Mehrheit, wie sie in einer Stadtwahl noch nie Jemand erhielt, wurde gestern John T. Hoffmann zu Theil. Eine Majorität, so gewaltig, daß sie Alles in den Schatten stellt, was bisher noch geleistet wurde.

Gen. Grant im Zeugenverhör.

Bekanntlich haben die Radikalen im Congreß den Gen. Grant als Zeuge gegen Präsident Johnson vorgeladen in der Hoffnung, Grund zum „impeachen" des Präsidenten zu entdecken. Allein sie haben, wie man sagt, „ihre Rechnung ohne den Wirth gemacht," und sind an den unrechten Mann gekommen. Im Zeugenverhör sagte Gen. Grant diesen radikalen Wühlern Wahrheiten, die sie nicht zu hören hofften. Seine Aussagen und die Fragen umfassen fünf enggedruckte Spalten und es ist nichts darin enthalten, was die „Impeacher" ermuthigen könnte, im Gegentheil, bewiesen sie nur die Haltlosigkeit der Anklagefarce.

Der ganze Inhalt der langen Examination ist in wenigen Antworten enthalten, die wir hiernach folgen lassen.

Auf die erste Frage, ob er mit dem Präsidenten öfters über die Lage der Dinge in den Rebellenstaaten gesprochen habe, antwortete General Grant:

„Ich habe mit dem Präsidenten sehr häufig in Bezug auf die Lage der Dinge in den Rebellenstaaten gesprochen. Wenn ich zu einer Cabinetssitzung berufen ware, geschah es, weil irgend eine Frage vorlag, bei der ich als General der Armee betheiligt war. Ich weiß mich keiner Unterredung mit dem Präsidenten über Amnestie zu erinnern. Ich dachte zu jener Zeit selbst, daß kein Grund vorliege, Jemanden deßhalb, weil er bis zum Rang eines Generals gestiegen war, irgend wie noch von der Amnestie auszuschließen, als Jemanden, der es nicht bis zu jenem Range bringen konnte. Ich sprach über diesen Punkt. Ich sah auch keinen Grund für die 20,000 Dollars-Clausel ein. Dies sind die beiden einzigen Punkte, über die zu jener Zeit gesprochen zu haben ich mich erinnere. Später jedoch sagte ich ihm, er habe mit jener Clausel mehr Recht gehabt, als ich. Ich war zugegen, als die Proklamation im Cabinet verlesen ward, wurde aber nicht um meine Ansichten gefragt. Ich habe nie die Ansicht gegen den Präsidenten ausgesprochen, daß es zu jener Zeit besser sein würde, eine allgemeine Amnestieproklamation zu erlassen."

Auf die weitere Frage, ob er je gegen den Präsidenten die Ansicht ausgesprochen, daß seine Proklamation in die zwischen ihm und General Lee vereinbarten Stipulationen eingreife, erwiederte General Grant:

„Nein, ich mußte häufig zu Gunsten von Gen. Lee und anderu parolirten Offizieren aus dem Grunde eintreten, daß ihre Parole, so lange sie den Gesetzen der Ver. Staaten gehorchten, sie vor Haft und Prozeß schütze. Der Präsident nahm damals genau denselben Standpunkt ein, nämlich den, daß sie prozessirt und gehängt werden sollten. Er wollte wissen, wann die Zeit kommen werde, wo sie bestraft würden. Ich sagte ihm, sie würde nicht kommen, so lange sie den Gesetzen gehorchten und den Stipulationen nachkämen. Das war der Standpunkt, den ich einnahm."

Die fernere Frage, ob er nicht darauf bestanden, daß jene Stipulationen auch auf die gemeinen Soldaten ausgedehnt werden, beantwortete Grant:

„Freilich; sie hatten Anwendung auf Jeden, der die Parole nahm, aber das ward nicht besprochen, außer in Bezug auf einige Führer. Ich behauptete, daß sie durch Niederlegung ihrer Waffen gethan hätten, was sie konnten. Ein Theil hatte entkommen können, aber sie übergaben sich in Rücksicht auf den Umstand, daß sie von Verfolgung frei seien, so lange sie den eingegangenen Verpflichtungen nachkämen, und dazu waren sie berechtigt."

Grant ist dieser Ansicht noch immer; er glaubt, daß weder General Lee noch ein anderer der in die Parole eingeschlossenen Führer prozessirt werden kann wenn sie die Parole nicht verletzen. Mit Jeff. Davis ist das anders, denn er war nicht in die Parole eingeschlossen. Präsident Johnson habe die Prozessirung des General Lee oft verlangt, aber er (Grant) habe stets behauptet, daß dies eine Verletzung der Parole sein würde.

Seine Ansicht von dem Arrangement mit General Lee gibt General Grant mit folgenden Worten:

„General Lee's Armee war die erste, die sich übergab und ich glaubte, daß unter diesen Bedingungen alle andern Rebellenarmeen sich übergeben würden, wodurch wir Bushwaking und die Fortsetzung eines Krieges vermeiden könnten, in dem wir wenig Fortschritte hätten machen können, da uns keine organisirten Armeen entgegen gestanden wären."

Der Frage, ob er behaupte, daß eine Prozessirung des General Lee eine Verletzung der Parole wäre, begegnete General Grant mit folgenden Worten:

„Ich thue das. Ich bestehe darauf, daß General Lee seine Armee und deren Waffen nicht übergeben haben würde, falls er vermuthet hätte, daß er nachher prozessirt und gehängt werden sollte. Ich dachte, wir hätten für das Leben einiger Führer ein gutes Equivalent, wenn wir alle ihre Waffen und sie selbst unter Controlle erhalten, durch Eid zur Beobachtung der Gesetze gebunden. Das war der Werth, den, wie ich behaupte, wir gesichert haben."

Die folgenden Aussagen sind noch von besonderem Interesse:

„Am Schlusse des Krieges war es mein innigster Wunsch, daß die Civilregierung in irgend einer Form in den südlichen Staaten wieder hergestellt werde."

„Ich war zugegen, als die Nord-Carolina-Proklamation im Cabinet verlesen wurde und ich war völlig mit derselben einverstanden. Doch hielt ich Alles, was in Bezug auf Reconstruktion geschah, für temporär. Der Präsident wünschte sehr, daß der Congreß seine Ansichten ratifizire. Herr Lincoln hatte vor seiner Ermordung eine Politik angebahnt, welche jene Regierungen wieder herzustellen beabsichtigte. Ich war zwei Mal vor seiner Ermordung zugegen, als ein Plan vorgelesen ward. Der von Hrn. Johnson adoptirte Plan war im Wesentlichen der von Hrn. Lincoln als Basis für sein zukünftiges Verfahren inaugurirte Plan. Ich weiß nicht, ob er wörtlich derselbe war; ich glaube, dieselbe Schrift, die ich zweimal hatte verlesen hören als Hr. Lincoln Präsident war, war diejenige, welche zur Ausführung gebracht worden."

Aus diesen Worten des General Grant geht wohl zur Genüge hervor, daß ein Tadel gegen Präsident Johnson's Reconstruktionspolitik zugleich ein Tadel gegen Lincoln ist und daß letzterer, wenn noch am Leben, heute ebenfalls einem „Impeachment"-Versuche ausgesetzt sein würde.

Daß ihnen die ganze Suppe, die sie sich selbst einbrockten, nicht schmeckt, ist leicht begreiflich, denn bereits ist der Vorschlag gestellt, daß die Sache auf die Seite gelegt werden soll! Jetzt, nachdem Tausende von Dollars verschwendet, jetzt, nachdem sie ihre Taschen gespickt haben, will man das von ihnen ausgeheckte „Impeachment" des Präsidenten so schnell wie möglich beseitigen! Fürwahr, eine saubere Sippschaft!

(Die „Impeachment"-Frage ist futsch.—Siehe Congreß-Verhandlungen.)

Der Rumpf-Congreß.

Zweite Session.

Senat

Washington, 3. Dez. Auf Buckalew's Antrag wurde von der Liste der Senatoren des 40. Congresses, der den Namen derselben vorgesetzte Titel „Honorable" gestrichen, weil, wie Buckalew sagte, die Beifügung dieses Titels sich blos auf einen ungehörigen Usus der Schreiber gründet.

Mehrere Petitionen sehr verschiedenen Inhalts wurden überreicht.

Es erschien Oberst Robert Johnson mit der Botschaft des Präsidenten, und die Vorlesung derselben begann um halb 1 Uhr Nachmittags.

Auf Antrag Sbermans wurde angeordnet, daß 3000 Exemplare der Botschaft für den Gebrauch des Senats gedruckt werden sollen.

Auf Ramsey's Antrag vertagte sich der Senat.

Washington, 5. Dez. Wilson legte eine Resolution vor, worin der Kriegssekretär ersucht wird, die Zahl der farbigen und weißen Stimmgeber im Süden, die ihre Namen registrirt hätten, die Zahl derjenigen, welche durch das Gesetz verhindert seien, zu stimmen, und die Zahl derjenigen, welche es versäumt, sich registriren zu lassen, an den Senat zu berichten. Wurde angenommen.

Mr. Edmunds las seine Rede für Bezahlung der Nationalschuld in Gold ab. Mr. Cole aus California erwiederte, dafür gebe der Goldstaat sein edles Metall nicht her. Wer Papier hergeliehen, sollte auch für sein Guthaben wieder Papier nehmen.—(Der Mann hat Recht.)

Das Repräsentantenhaus.

Der Sprecher legte einige Mittheilungen des interimistischen Kriegssekretärs vor.

Stevens von Pennsylvanien, der, weil er zu schwach war, von seinem Sitze aus seine Stimme vernehmbar zu machen, zu dem Pult des Clerks kam, bat, daß man ihm gestatte, eine Bill zur Errichtung eines Gemeinschulsystems für den Distrikt Columbia einzubringen. Die Bill wurde einem speziellen Comite zugewiesen.

Eine von Stevens eingebrachte Resolution wurde angenommen, die das Finanzcomite anweist zu berichten, ob es angemessen sei, die Revenuegesetze so zu amendiren, daß man sich über die Capacität der Branntweinbrennerei Gewißheit verschaffen und sie nach ihrem Werth besteuern kann, anstatt nach gegenwärtiger Manier die Branntweinsteuer zu erheben.

Boxe berichtete Namens des Wahlcomites die Namen der Kentucky'schen Repräsentanten und verlangte, daß heute darüber Beschluß gefaßt werde. Der Clerk begann den Bericht vorzulesen, ehe er aber zum Schlusse kam, traf die Präsidentenbotschaft ein und die Lesung des Comiteberichts wurde suspendirt.

Nach halb ein Uhr begann der Clerk, Herr McPerson die Vorlesung der Jahresbotschaft des Präsidenten.

Nachdem die Botschaft gelesen war, — die Vorlesung dauerte eine Stunde und 35 Minuten—beantragte Schenck, die Botschaft dem Plenarcomite über den Zustand der Union zuzuweisen. Schenck bemerkte, es sei Vieles in jener Botschaft enthalten, das die Zustimmung der Mitglieder des Congresses gebieterisch fordern dürfte, es ist aber noch weit mehr darin, besonders das, was sich auf die Reconstruction der rebellisch gewesenen Staaten bezieht, das nicht nur den Geist des Trotzes, sondern auch den des Zorns gegen den Congreß athemt, und er fürchte, daß wenn im Comite die Botschaft zur Diskussion kommt, sie die Kritik und manchen Commentar herausfordert.

Die Botschaft wurde zum Referat verwiesen.

Der Bericht des Wahlcomite's in Bezug auf die Kentucky'schen Repräsentanten wurde aufgenommen und erhielt die Zustimmung des Hauses. Die Herren Beck, Jones und Stuart wurden vereidigt, Grover war nicht anwesend.

Schenk beantragte eine Bill zur Abschaffung der Steuer auf alle Baumwolle, die nach dem Jahr 1897 wächst.

Der Antrag auf den Druck von 10,000 Exemplaren der Botschaft wurde an das Druckschachen-Comite referirt.

Schenk sprach nachher zur Begründung der von ihm eingebrachten Bill zur Aufhebung der Baumwollensteuer. Er behauptete, daß jetzt der Tag gekommen sei, an welchem jene Steuer abzuschaffen. Im Interesse jener großen Volksmasse, die auf dieser Flur keinen Repräsentanten hat, spreche er, und deßhalb sei er zu größerer Rücksicht berechtigt, wenn er das Haus bitte, daß es sein Substitut annehme und jenes große Produkt, das die nördliche Schifffahrt, die nördlichen Gewerbe und den nördlichen Handel seider Zeit so sehr bereichert hat, gegen die Concurrenz der Länder jenseits des Oceans, gegen Indien, Egypten und Brasilien beschütze.

Es betheiligten sich an der Debatte die Herren Covode, Logan, Blaine, Barues, Mullins, Ela, Garfield, Butler, Niblack, Allison, und Piles. Gegen die Aufhebung der Steuer sprachen Covode, Ela und Butler, und zu Gunsten der Bill die Herren Logan, Blaine, Mullins, Garfield, Niblack und Allison. Barnes und Piles begünstigten das Substitut Brooks.

Ohne die Debatte über die Bill zum Schluß zu bringen, vertagte sich das Haus.

Washington, Dez. 5.

Schenck, vom Finanzcomite, berichtete ein Gesetz, welches die dem Schatzsekretär verliehende Gewalt, die Circulationsmittel durch Zurückziehung oder Einlösung von Ver. Staaten-Noten zu beschränken, wieder von ihm nimmt. Wurde zweimal verlesen und an das Comite zurück verwiesen.

Nach einer längeren Discussion wurden die vom Wahl-Comite berichteten Resolutionen angenommen und Golladay als Repräsentant des dritten congressionellen Distriktes von Kentucky zu seinem Sitze zugelassen.

Die „Impeachment"-Angelegenheit wurde darauf, um 3 Uhr, aufgenommen und Boutwell begann mit einer längeren Rede zur Unterstützung des Majoritätsberichts des Justiz-Comite's.

Seine Rede schloß Boutwell wie folgt: „Im Glauben, daß Andrew Johnson sich Criminal-Verbrechen und Vergehen hat zu Schulden kommen lassen, habe ich einer Resolution für sein „Impeachment" beigestimmt und, auf Anweisung der Majorität des Justiz-Comite's, dieselbe einberichtet. In Erwägung des Gesetzes und der vorliegenden Thatsachen, halte ich ihn für schuldig und verlange darauf hin das Urtheil des Hauses."

Er selbst war außerordentlich aufgeregt und machte den Eindruck, nicht eines Anklägers, sondern eines Angeklagten.

Abstimmung über das Impeachment.

Washington, Dezember 7. — Nachdem heute die Herren Spaulding, Wilson, Logan und Andere noch Reden gehalten hatten, wurde über die Frage: „Soll Andrew Johnson, Präsident der Verein. Staaten impeached werden?" abgestimmt. Das Resultat war, daß 57 dafür, und 108 dagegen stimmten.

Für Impeachment stimmten die Herren Anderson, Arnell, Ashley von Ohio, Boutwell, Broomwell, Broomall, Butler, Clark von Ohio, Churchhill, Clark von Kansas, Cobb, Coburn, Covode, Cullum, Donnelly, Eckley, Ela, Farnsworth, Grovely, Harding, Higbie, Hopkins, Hunter, Jude, Jordan, Kelley, Kelsey, Lawrence von Ohio, Loan, Logan, Longbrige, Lynen, Maynard, McClurg, Mercur, Mullens, Myers, Newcomb, Nunn, O'Neil, Orth, Paine, Pile, Price, Schenck, Schank, Stevens von N. Hampshire, Stevens von Pennsylvania, Stokes, Thomas, Trumbull, Trowbridge, Van Horn v. Missouri, Ward, Williams von Pennsylvania, Williams von Indiana, Wilson von Pennsylvania—57, lauter Radikale.

Dagegen stimmten die Herren Adams, Allison; Ames, Archer, Atchley von Nevada, Arle, Bailey, Baker, Baldwin, Banks, Barnum, Beaman, Best, Benjamin, Benton, Bingham, Blaine, Boyer, Brooks, Buckland, Burr, Carey, Chanler, Cooke, Dawes, Dixon, Dodge, Driggs, Eggleston, Eldridge, Elliot, Ferris, Ferry, Field, Garfield, Gep, Gioppbrenner, Golladay, Griswold, Grover, Hight, Halsey, Hamilton, Hawkins, Hill, Hollman, Hooker, Holtzhip, Hubbard von Iowa, Hubbard von West-Virginia, Hubbard von Connetticut, Hurlout, Humphreys, Ingersoll, Johnson, Jones, Kerr, Ketchum, Knott, Koontz, Laflin, Lawrence von Pennsylvania, Lincoln, Marschall, Marvin, McCarthy, McCullough, Miller von Pennsylvania, Moorehead, Morgan, Mungen, Niblack, Nicholson, Perham, Peters, Phelps, Pile, Plant, Pollard, Paisley, Penyan, Randall, Robertson, Roonvon, Roß, Sawyer, Stigreaves, Smith, Spalding, Starkweather, Stuart, Stone, Taylor, Taver, Upton, Van Aernan, Van Anten, Van Trump, Van Byck, Washburne von Illinois, Washburne von Indiana, Washburne von Massachusetts, Walker, Wilson von Jowa, Wilson von Ohio, Woodbridge und Woodward—108, worunter (alle) 44 Demokraten, und 64 Radikalen.

Abwesend waren folgende Herren von Pennsylvanien—lauter Radikale, aber alle zu Gunsten des Impeachments: Cake, Morrell, und Schofield. Schelladarger von Ohio meldete sich krank! (Diese Burschen hatten wahrscheinlich „Dreck in den Hosen.")

Es herrschte tiefe Stille auf der Flur des Hauses und auf den Gallerien, als das Resultat der Abstimmung angekündigt wurde.

Der Bericht des Kriegministers.

General Grant's Bericht gibt in klares, gedrängter Weise ein Bild von alle dem, was er in der verhältnißmäßig kurzen Zeit seiner Amtsführung gethan hat: besonders bemerkenswerth sind die Einschränkungen, welche in allen Zweigen des Kriegsministeriums gemacht worden sind. Der Bericht legt zunächst die Umstände dar, unter welchen der Wechsel im Kriegsministerium stattfand, indem die Correspondenz zwischen dem Präsidenten, Stanton und Grant vorgelegt wird; darauf wird gleich auf die Aufzählung der Mißbräuche, die zur Zeit des Wechsels im Gange waren, übergegangen und die Maßregeln angegeben, durch die man diese abzuschaffen suchte. General Grant sagt, daß „kostspielige Armee Einrichtungen, die in Friedenszeiten ungerechtfertigt bestanden", von Stanton beibehalten wurden; der General hob sie auf. Wagen und Pferde wurden allwärts von einem jeden Offizier, der auf Regierungsunkosten fahren oder reiten wollte, benutzt; diesem Unwesen wurde Einhalt gethan. Das Bureau der Rebellen-Archive erkannte man als eine Versorgungs-Anstalt für politische Steifbettler und Pfefferkuchen-Offiziere; es wurde deshalb abgeschafft und die früher von einer ganzen Heerde von Beamten versehenen Geschäfte werden jetzt von zwei Beamten im General-Adjutanten-Departement besorgt. Große Vorräthe, die leicht verderben konnten, wurden ohne irgend eine Nothwendigkeit an Hand gehalten, riesige Lagerhäuser mußten gemiethet und eine Schaar von Aufsehern besoldet werden. Die Vorräthe wurden verkauft und die Büttegel abgeschüttelt. Die Beamtenzahl des Freedmens-Bureau ist um eine bedeutende Menge sogenannter Civil-Agenten und militärischer Nichtsthuer vermindert worden; im Süden im Garnison stehende Offiziere haben die Obliegenheiten der letzteren übernommen.

Zum ersten Mal seit den Kriegszeiten sind die Ausgaben hinter der anfänglichen Schätzung zurückgeblieben. Von 107 Freiwilligen-Quartiermeistern, die unter Stanton sich ihre Taschen füllten, hat Grant nur 31 behalten. In jedem Zweige des Kriegsdepartements macht sich das segenreiche Wirken des interimistischen Kriegsministers bemerklich.

Sehr interessant ist der Theil des Berichtes, welcher von der Zahlung der Soldaten-„Bounty" gemäß dem Gesetz vom Juli 1866 handelt. Es ist sehr schwierig gewesen, die nöthige Auskunft in Betreff der Nichtigkeit der Soldat-n-Papiere zu erlangen. Bis zum 20. Okt. d. J. wurden dem General-Zahlmeister 407,857 „Bounty"-Ansprüche eingereicht; davon sind 105,378 erledigt worden; es bleiben also noch 302,473 zu untersuchen. Man hat mithin 1 Jahr und 3 Monate gebraucht, um ein Viertel der eingesandten Ansprüche zu examiniren. Auf diese Weise wird es noch beinahe vier Jahre dauern, ehe sämmtliche Ansprüche erledigt sind.

Die Stärke der Armee betrug am 20. September d. J. 56,815 Mann; es kamen im Laufe des Jahres nicht weniger als 13,608 Desertionsfälle vor. Nach Gen. Grant's Ansicht übertrifft die umgeänderte Springfield-Muskete alle hier oder in Europa erfundenen Hinterladungsgewehre; er empfiehlt deßhalb die Wiederaufnahme der unter seinem Vorgänger unterbrochenen Umarbeitung dieser Gewehre. Die Zahl der Zöglinge in West Point soll auf 400 gebracht werden. Der Bericht ist durch seine Klarheit und Verständlichkeit ausgezeichnet, und wird wohl alle Die zum Schweigen bringen, die Stanton wieder als Kriegs-Minister haben wollten.

Furchtbare Sterblichkeit auf einem Emigrantenschiff.

Das Schiff „Lord Brougham," Capt. Jergensen, kam letzten Freitag nach einer Fahrt von 48 Tagen aus Hamburg in New-York an. Von seinen 382 Passagieren starben unterwegs 75 an der Cholera. Diese brach schon am zweiten Tag nach der Abfahrt in einer bösartigen Form aus und als die Epidemie ihren Höhepunkt erreichte, lagen 300 Patienten zu gleicher Zeit darnieder. Mit dem Eintritt wärmerer Witterung ließ die Krankheit nach. In den letzten acht Tagen sind keine neue Erkrankungen eingetreten. Gegenwärtig sind noch etwa 20 Kranke an Bord und bei den meisten hat die Krankheit eine milde Form. Das Schiff ist nach der unteren Quarantaine geschickt worden, wo die Kranken nach dem Hospitalschiff „Illinois" gebracht werden, während die Gesunden an Bord bleiben, um die Inspection durch den Quarantaine-Arzt zu erwarten.

Das Schiff ist an die Herren Sloman & Edye consignirt.

Alle Opfer der Epidemie waren Deutsche. Wie aus einer publizirten Liste derselben hervorgeht, sind in manchen Fällen ganze Familien weggerafft worden.

Wiege und Sarg sind die zwei denkwürdigsten Betten. Das eine, als warm steht am Eingange, und das andere, als kalt am Ausgange des Lebens. Wer in dem ersten schlummert, kennt das zweiten noch nicht—und wer von dem zweite umschlossen ist, weiß nicht mehr, daß er in dem ersten gelegen war. Thränen der Freude begießen jenes, und Zähren der Wehmuth meistens dieses. In Beiden waltet himmlische Ruhe, —desto weniger im Raume dazwischen.

Aus Europa.

Deutschland.

Freiburg (Baden)—In einer der letzten Sitzungen der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts wurde ein interessanter Fall, der Pistolenkampf zwischen den beiden Studenten Otto Deimling von Karlsruhe und Alfred Saul von Thiengen, verhandelt. Die Veranlassung zu diesem Duell, bei welchem Student Deimling von der Kugel seines Gegners leicht am Kopfe verwundet wurde, war eine höchst unbedeutende; ein Champagner Pfropfen, welcher absichtslos im Gasthause gegen den anwesenden Rechtspraktikanten Kohler flog, gab zu seinem Wortwechsel zwischen diesem und Deimling Veranlassung, in Folge dessen Letzterer den K. auf Schläger forderte. Rechtspraktikant K.; früher Mitglied der Suevia nahm die Ausforderung nicht an, sondern machte dem Corpsconvent der Suevia Anzeige, damit dieser sich seiner beleidigten Ehre annehme, worauf ein Mitglied der Suevia den Student D. auf Schläger forderte, welchem D. mit einer Forderung auf Pistolen repligirte. Nach weiteren kommentmäßigen Verhandlungen beschloß der Convent, daß im Namen des Corps auf Pistolen eine dreimalige Forderung an D. zu geschehen habe, wozu der Student Saul bestimmt wurde. In